

LOCCUMER ERKLÄRUNG

Nachhaltiger Klimaschutz mit einem Preis für CO₂

verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 10. Mai 2015

**Ein wichtiger Baustein
zur wirksamen Begrenzung des Klimawandels
ist ein kontinuierlich steigender Preis auf alle CO₂-Emissionen.**

Wenn wir das 2°C-Ziel nicht einhalten, werden vor allem Menschen in den armen Ländern leiden, aber auch wir als Bürger der Industrieländer merkliche Wohlstandsverluste hinnehmen müssen. Derzeit bewegen wir uns eher auf einem 5°C-Pfad. Schaffen wir es nicht, die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren, müssen auch Städte wie Hamburg oder New York früher oder später aufgegeben werden. Für die Ärmsten der Welt geht es jedoch nicht nur um Wohlstandsverluste, sondern um das nackte Überleben. Eine effiziente und innovative Klimapolitik bietet dagegen **Chancen für ein neues Wohlstandsmodell** für alle.

**Preise müssen die
ökologische und soziale Wahrheit sagen.**

Seit seiner Gründung 1994 gilt für das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) die Maxime:

„Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“

Gerade in Zeiten niedriger Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe gewinnt diese Maxime besondere Bedeutung. Darauf bezieht sich auch die gemeinsame Erklärung Anfang 2015 von Prof. Klaus Töpfer und Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker (FÖS-Gründungsmitglied) für eine CO₂-Steuer.

Die Entwicklung der Weltmarktpreise verdeutlicht: Ohne einen staatlich induzierten Preis für CO₂, der die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle und Öl verringert, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit keine erfolgreiche Begrenzung des Klimawandels geben.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz können den ungleichen Wettbewerb mit den konventionellen Energien aber nicht schnell genug gewinnen, solange diese von staatlichen Förderungen profitieren und ihnen die verursachten Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden nicht vollständig angelastet werden. Diesen Wettbewerbsnachteil allein durch staatliche Förderungen, ordnungsrechtliche Auflagen, Informationen oder Apelle auszugleichen, ist ineffizient und wird vermutlich am Ende nicht zum Ziel führen.

Eine Korrektur der Marktverzerrungen durch einen CO₂-Preis ist dagegen aus verschiedenen Gründen ein wirksames Instrument, den Klimawandel zu begrenzen:

- Ein Preis für CO₂ entspricht dem **Verursacherprinzip**.
- Eine umfassende CO₂-Bepreisung kann **sozial gerecht** gestaltet werden, z.B. durch ausgleichende sozialpolitische Maßnahmen oder eine Entlastung an anderer Stelle wie durch eine Senkung der Lohnnebenkosten oder eine Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen („Klimadividende“).
- Die **innovativen** und **kosteneffizienten** Alternativen zu fossilen Brennstoffen (erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Änderung des Lebensstils) rechnen sich für Bürger, Unternehmen und staatliche Stellen nachhaltig und aus eigener Kraft mit zunehmender Höhe des Preises für CO₂, da CO₂-ärmere Produkte und Dienstleistungen relativ gesehen zunehmend günstiger werden als CO₂-intensivere.
- Ein Preis für CO₂ belässt die **Entscheidungsfreiheit** über die Wahl der Maßnahmen und das Setzen von Prioritäten bei Bürgern und Unternehmen.
- Ein Preis für CO₂ spornt den **freien Wettbewerb** um die kostengünstigsten Alternativen, die vielversprechendsten Innovationen und die aussichtsreichsten Investitionen an (Kosteneffizienz). Durch die Ergebnisse dieses Wettbewerbs werden **unnötige Wohlstandsverzichte vermieden**.

Gerade im Jahr 2015 muss uns bewusst sein, wie wichtig ein globales Klimaabkommen ist. Die massive Reduktion von Treibhausgasemissionen, wie sie zur Einhaltung des Zwei-Grad-Limits notwendig ist, wird nicht allein durch Vorreiter-Staaten möglich sein. Beispielsweise weil deren Erfolge dämpfend auf die Weltmarktpreise von fossilen Brennstoffen wirken können. Trotzdem sind Vorreiter wichtig, um eine positive Vision eines neuen Wohlstandsmodells zu entwickeln, das von der Nutzung fossiler und nuklearer Energien weitgehend abgekoppelt ist, einen anderen Umgang mit natürlichen Ressourcen vorlebt und neue Technologien hervorbringt.

Das größte Hindernis für einen wirksamen Preis auf CO₂ ist die politische Durchsetzbarkeit. Wir rufen daher alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, noch mehr über effektive marktbasierende Klimaschutzinstrumente aufzuklären. Dazu gehören insbesondere Journalisten, Wissenschaftler und Politiker, doch auch jeder einzelne Bürger kann in seinem Wirkungskreis dazu beitragen, dass wirksame und kosteneffiziente Instrumente zur Begrenzung des Klimawandels mehrheitsfähig werden. Ein Preis für CO₂ packt genau an der Wurzel des Problems an. Er gibt CO₂ über alle Wertschöpfungsketten hinweg einen Wert.

Das FÖS stellt daher folgende konkrete Forderungen für die europäische und die nationale Klimapolitik:

A. EU

1. Ambitioniertes EU-Klimaziel 2030

Das FÖS geht wie viele andere Experten davon aus, dass für die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels für die Vermeidung einer ungünstigen Pfadabhängigkeit in Bezug auf die Langfristziele der EU (-80 bis -95% bis 2050) sowie für die Einhaltung eines Mindestmaßes an Klimagerechtigkeit die tatsächlichen CO₂-Emissionen der EU in **2030** gegenüber 1990 um **mindestens 50%** reduziert werden müssen. Das FÖS ermuntert die deutsche Bundesregierung, die bereits in diesem Sinne ausgesandten Signale in Richtung Klimaverhandlungen in Paris zu verstärken. Die Klimaziele müssen dann mit wirksamen Maßnahmen unterlegt werden, die eine Einhaltung des vorgesehenen Reduktionspfades effizient sicherstellen.

2. Ambitionierte Reform des Europäischen Emissionshandels

Damit der Emissionshandel als das Hauptinstrument der Europäischen Klimapolitik endlich ein wirksames Preissignal entfaltet, müssen die Fehler der bisherigen Ausgestaltung korrigiert werden. Unter anderem die hohe Zuteilung an kostenlosen Emissionsberechtigungen (Zertifikaten), die Anerkennung von Minderungen aus dem Ausland, keine Mengenanpassungen aufgrund der Erfolge z.B. in

Deutschland bei der Förderung erneuerbarer Energien sowie der Wirtschaftskrisen haben den Markt mit einem gravierenden Überschuss an Zertifikaten geflutet.

Der erste notwendige Schritt besteht darin, diesen **Überschuss zu beseitigen**. Erst dann entsteht eine Knappheit und setzt überhaupt Anreize zur Minderung von Emissionen. Die bisher starre Obergrenze von Emissionen muss schnellstmöglich um einen Mechanismus korrigiert werden, der die jährliche Mengenfestlegung an die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpasst und ggf. über diesen Mechanismus die Überschüsse abbaut (z.B. Marktstabilitätsreserve). Ein Mindestpreis bei der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten und eine starke Verringerung der kostenlos zugeteilten Zertifikate sind weitere Maßnahmen, die zu den gewünschten Anreizwirkungen beitragen.

3. Europaweit CO₂-Preissignale

Ein signifikanter Teil der europaweiten CO₂-Emissionen ist vom Emissionshandel bisher nicht erfasst und ist weiterhin von ambitionierten nationalen Maßnahmen z.B. in den Bereichen Verkehr, Wärme und Landwirtschaft abhängig. Auch hier ist es daher dringend geboten, von europäischer Seite Impulse und Rahmenbedingungen für verlässliche und **über die Zeit steigende CO₂-Preissignale** zu schaffen, die sich an den EU-Reduktionszielen orientieren. Dafür käme beispielsweise eine Reform der geltenden Mindestsätze für Energiesteuern in Anlehnung an CO₂- und Energiegehalt in Betracht, wie es bereits im Jahr 2011 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde. Dies würde eine Harmonisierung der Preissignale vorantreiben und Verzerrungen zwischen den Politiken der Mitgliedstaaten verringern. Alternativ sollte eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf weitere Sektoren bzw. auf alle CO₂-Emissionen als Option geprüft werden - unter der Voraussetzung, dass eine angemessene Knappheit von Emissionsberechtigungen sichergestellt werden kann. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die durch Fehler im Mengenregime in der Vergangenheit aufgelaufenen Überschüsse in einem ausreichenden Maße endgültig aus dem Markt genommen werden.

B. Deutschland

Das FÖS fordert die Einführung eines flächendeckenden **CO₂-Preises in Deutschland** aus drei Gründen:

1. Damit würde das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung durch ein weiteres Instrument in Richtung auf **mehr Effizienz und Innovationen** in allen Bereichen (Wärme, Kälte, Mobilität und Stromerzeugung) unterlegt und die Einhaltung des 40%-Reduktionsziels bis 2020 kostengünstiger erreicht.
2. Solange die EU-Klimaschutzpolitik noch nicht durch ausreichend ambitionierte Ziele und wirksame Maßnahmen gekennzeichnet ist, gibt es die Notwendigkeit für **zusätzliche nationale Maßnahmen** wie eine CO₂-Abgabe. Der aktuell diskutierte Vorschlag zur Einführung eines Klimaschutzbeitrags von alten und emissionsintensiven Kraftwerken im Stromsektor ist ein erster, richtiger Schritt in diese Richtung.
3. Damit werden die Wirtschaft und die Bevölkerung darauf vorbereitet, dass es das Ziel der deutschen Bundesregierung ist, CO₂ einen wirksamen Preis zu geben, der maßgeblich dafür sorgt, dass das Zwei-Grad-Limit eingehalten wird. Die dadurch erreichbare **Planungssicherheit** ist essentiell, um die Kosten des notwendigen ökologischen Strukturwandels zu minimieren.

Ausgestaltung

1. Zusätzlich zur derzeitigen Energiebesteuerung sollte eine **Abgabe auf fossile Brennstoffe und Zementherstellung** von anfänglich 10 € / t CO₂ eingeführt werden. Dabei sollten zugleich die bestehenden Energiesteuersätze zu einer systematischen CO₂-/Energiesteuer weiterentwickelt werden, die dem Verkehrssektor zudem seine verkehrsspezifischen externen und Infrastrukturkosten anlastet.
2. Kontinuierliche **Anhebung der CO₂-Abgabe über die Zeit**, beispielsweise in Abhängigkeit von der Entwicklung der CO₂-Emissionen in Bezug auf die deutschen Reduktionsziele, von den Weltmarktpreisen für fossile Brennstoffe und der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus (Inflation). Mittel-

fristig sollten die vom Umweltbundesamt in der Methodenkonvention externe Kosten vorgeschlagenen 80 €/t erreicht werden (zuzüglich Inflationsbereinigung). Langfristig könnte ein noch weitaus höherer Preis notwendig sein.

3. Zum Erhalt der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** der CO₂-intensiven Industrie mit starkem internationalen Wettbewerb werden im notwendigen Maße abgestufte Ausgleichsmaßnahmen z.B. in Form von Ausnahmen, reduzierten CO₂-Preisen, sektoralen Rückerstattungen, Grenzausgleich oder Konsumsteuern geschaffen bzw. fortgeführt.
4. Für Anlagen, die dem **EU-Emissionshandel** unterliegen, können die Kosten für Emissionszertifikate ggf. mit der CO₂-Abgabe verrechnet werden. Die CO₂-Abgabe würde damit wie ein **Mindestpreis** wirken.
5. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung können für Steuer- und Abgabensenkungen, ökologisch und sozial sinnvolle staatliche Ausgaben verwendet oder pro Kopf an die Bevölkerung als **Klimadividende** ausgeschüttet werden.
6. Um eine Zunahme von CO₂-lastigen Stromimporten oder Tanktourismus zu vermeiden, sollte eine gemeinsame Einführung der **CO₂-Abgabe mit Nachbarländern** angestrebt werden. In dem Maße wie dies gelingt, kann die CO₂-Abgabe höher ausfallen.

Was ist die Klimadividende?

Neben sozialpolitischen Maßnahmen und der Senkung von Abgaben ist die Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen aus einem CO₂-Preisinstrument aus sozialpolitischen Erwägungen eine interessante Möglichkeit der Aufkommensverwendung und sollte näher geprüft werden. Durch eine Pro-Kopf-Rückgabe kann sich jeder den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß auch leisten. Dies kann die Akzeptanz und damit die politische Durchsetzbarkeit für einen flächendeckenden CO₂-Preis erhöhen. Zu prüfen ist dabei unter anderem der Verwaltungsaufwand und die Berücksichtigung von Unternehmen. Die Erfahrungen ausländischer Beispiele wie der Schweiz sollten dabei einbezogen werden.

Die Klimadividende löst nicht alle sozialpolitischen Probleme, die sich durch eine ambitionierte Klimaschutzpolitik ergeben können. Das FÖS plädiert dafür, auftretenden Problemen auch durch spezifische Antworten in den betreffenden Politikbereichen zu begegnen. Sozialpolitische Probleme müssen in erster Linie durch eine entsprechende Sozialpolitik gelöst werden. Probleme des ländlichen Raums zum Beispiel durch Strukturpolitik oder besondere Unterstützung des ÖPNV.

Bei allen sozialpolitischen Überlegungen ist aber daran zu erinnern, dass die derzeitige Form der Verteilung immer noch am ungerechtesten ist, weil durch Nichtinternalisierung externer Kosten die ärmsten Menschen und Regionen der Welt am meisten unter dem Klimawandel leiden.

Ökologische Finanzreform

Es gibt viele Bereiche und Beispiele, in denen Preise bisher noch nicht die ökologische Wahrheit sagen. In diesem Zusammenhang setzt sich das FÖS für die Umsetzung verschiedener Elemente einer umfassenden Ökologischen Finanzreform ein, z.B. für den Abbau von umweltschädlichen Subventionen und eine systematische Weiterentwicklung der bestehenden Energiesteuern.